

L1NEU Eine solidarische Klimapolitik ist möglich

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 07.07.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Eine solidarische Klimapolitik ist möglich

Antragstext

1 Klimaschutz geht nur solidarisch.

2 In über einem Jahr Pandemie haben wir als Gesellschaft außergewöhnliche
3 Erfahrungen gemacht - in jeder Hinsicht. Wir haben erlebt, wie sich
4 Ungleichheiten in der Gesellschaft weiter verschärft haben. Bereits
5 benachteiligte Gruppen gerieten in der Pandemie noch stärker ins Hintertreffen.
6 Junge Menschen verpassten soziale Erlebnisse, die Inzidenzwerte waren in
7 wirtschaftlich und sozial benachteiligten Stadtvierteln in allen Großstädten
8 deutlich höher. Care-Arbeit wurde durch höhere Ansteckungsrisiken erschwert.
9 Durch die Einschränkung sozialer Kontakte haben Probleme wie soziale und
10 psychische Krisen sowie Gewalterfahrungen zugenommen und Menschen sind einsamer
11 geworden.

12 Wir haben aber auch gesehen, wie wir gemeinsam in einer nie dagewesenen
13 Geschwindigkeit Veränderungen herbeiführen können. Wir haben uns gegenseitig
14 geschützt und haben enorme Ressourcen aufgebracht, um Arbeitsplätze,
15 Soloselbstständige und ganze Wirtschaftszweige zu bewahren.

16 Auch die Klimakrise und die damit verbundenen notwendigen Veränderungen treffen
17 nicht alle Menschen gleich. Menschen im globalen Süden, die weniger
18 Möglichkeiten haben, sich gegen neue Risiken zu schützen und mit größeren
19 Umweltkatastrophen konfrontiert werden, haben eine deutlich größere Last zu
20 tragen als Menschen in den hochentwickelten Industrieländern. Auch hier in
21 Deutschland und im Bundesland Bremen werden manche Gruppen härter getroffen als
22 andere: Junge Menschen, die länger mit den Folgen des Klimawandels leben müssen,
23 ältere Menschen, für die Hitze lebensbedrohlich werden kann, ärmere Menschen,
24 die in schlechter gedämmten Häusern oder an viel befahrenen Straßen wohnen oder
25 stärker von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Stürmen betroffen sind.
26 Für Menschen mit niedrigen oder nicht vorhandenen Bildungsabschlüssen führt
27 Wandel oftmals zu einer beruflichen und damit existenziellen Bedrohung. Die
28 Konsequenz: Die Armutsschere geht weiter auseinander.

29 Es stellt sich deshalb die Frage, wie wir Kinder und Jugendliche, Menschen mit
30 niedrigen Einkommen aus strukturschwachen Regionen/Stadtteilen, mit Migrations-
31 bzw. Fluchterfahrungen, ältere Menschen, chronisch Kranke oder mit niedrigen
32 Bildungschancen, mit zukunftsunsicheren oder gar zukunftsuntauglichen
33 Arbeitsplätzen so in die Bekämpfung der Krise einbinden können, dass wir auf der
34 einen Seite CO2-Emissionen erfolgreich senken und gleichzeitig unsere
35 gesellschaftlichen Strukturen solidarischer, gerechter und nachhaltiger
36 gestalten können.

37 Es gibt auch Grund für Optimismus

38 Wenn wir den Klimawandel konsequent bekämpfen und die Transformation
39 gleichzeitig nutzen, um eine gerechtere Gesellschaft zu formen, haben wir allen
40 Grund für Optimismus. Denn dieser Wandel bietet auch eine Vielzahl von Chancen.

41 Dazu müssen wir uns als Gestalter*innen begreifen, die die Herausforderung
42 annehmen und dabei verschiedene Ziele miteinander verbinden. In einem Moment, in
43 dem der Status-Quo so massiv infrage gestellt wird wie heute, lassen sich neue
44 Modelle entwickeln und Dinge erreichen, die noch vor Kurzem unvorstellbar waren.
45 Auf diesem Weg wollen wir niemanden zurücklassen. Eine Gesellschaft, die den
46 Klimawandel meistern will, muss in diesem Wandel umso mehr einen Platz für alle
47 Menschen bieten, um Sicherheit und Vertrauen zu schaffen.

48 Deshalb fordern wir in unserem Wahlprogramm für die Bundestagswahl, eine neue
49 Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz einzuführen. Für
50 zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband wollen wir
51 nötige Mindeststandards formulieren. Bei dem Ausbau dieser Strukturen, die es
52 benachteiligten Gruppen überhaupt erst ermöglicht, klimafreundlich zu arbeiten,
53 mobil zu sein und zu leben, müssen wir schneller werden.

54 Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir eine Politik betreiben, die Prozesse
55 beschleunigt, um in der Krisenbekämpfung effektiver zu werden und schneller
56 greifbare und positive Erfahrungen zu erzeugen.

57 Wir müssen eine Politik betreiben, die solidarisch ist und die unterschiedlichen
58 Lebenswirklichkeiten und Lebensentwürfe vieler unterschiedlicher Menschen
59 respektiert, sie zu einer Stärke dieses Landes macht und Sicherheit gibt.

60 Und wir müssen eine Politik betreiben, die vorausschauend agiert und so die
61 Krise und ihre Folgen bereits im Vorfeld begrenzt, anstatt lediglich reagieren
62 zu können.

63 Viele dieser Weichen werden dafür auf Bundesebene gestellt. Deshalb ist diese
64 Bundestagswahl die entscheidende Wahl, wenn wir einen Aufbruch gestalten wollen,
65 anstatt weiterhin im Status quo zu verharren und unsere Zukunft aufs Spiel zu
66 setzen.

67 Wir stehen für eine solidarische Klimapolitik. Folgende zentrale Handlungsfelder
68 möchten wir mit diesem Antrag beleuchten, die wir auf Länderebene ebenso wie auf
69 Bundes- und Europaebene besonders effektiv gestaltet können:

70 1 Bildung

71 Ohne grundlegende Veränderungen im Bildungssystem werden wir die Klimakrise
72 nicht meistern können. Denn eine Veränderung der Grundlagen des Zusammenlebens
73 baut auf dem Erwerb von Wissen und neuen Kompetenzen auf. Bildungsexperten*innen
74 betonen, dass die Klimakrise nicht neue Schulfächer erfordert, sondern eine neue
75 Kultur der gemeinschaftlichen Entwicklung neuer Konzepte. Digitalisierung spielt
76 dabei eine besondere Rolle als Transformatorin, die neue Formen der Kooperation
77 weit über das eigene Klassenzimmer hinaus möglich macht.

78 Es liegt auf der Hand, dass die Kinder und Jugendlichen für die Zukunft besser
79 gerüstet sind, die gelernt haben, mit Wandel umzugehen und die entsprechenden
80 Kompetenzen beherrschen. Wir dürfen den Fehler aus der Coronakrise, dass die
81 Bildungsschere noch weiter auseinandergegangen ist, in der Klimakrise nicht
82 wiederholen.

83 Wir fordern:

- 84 • eine grundlegende Überarbeitung von Lehrplänen mit dem Ziel, Wissen,
85 Kompetenzen und neue Formen der Zusammenarbeit im Hinblick auf den Kampf

86 gegen den Klimawandel und Digitalisierung in jedes Schulfach zu
87 integrieren und untereinander zu verknüpfen. Klimathemen und die
88 entsprechenden Kompetenzen sollen dabei Bestandteil von Prüfungen werden.

- 89 • die Integration des Querschnittsthemas Klimawandel in die Ausbildung von
90 Lehrer*innen sowie die Entwicklung einer Fortbildungsoffensive für
91 Lehrer*innen.
- 92 • die Einrichtung einer Professur für Sachunterricht und Bildung für
93 nachhaltige Entwicklung für alle Schulformen sowie vorschulische Bildung.
- 94 • den Ausbau der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich Bildung, um
95 die zunehmende soziale Spaltung wirksam bekämpfen zu können. Wir wollen
96 darauf hinwirken, dass Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) im
97 Hinblick auf digitale Teilhabe und qualifizierte Lernförderung ausgeweitet
98 und über den Sozialhaushalt des Bundes abgesichert werden.
- 99 • die Einrichtung von Pilotschulen und Pilot-Kitas sowie eines Portals für
100 den Austausch von Best-Practice-Beispielen für neue Formen der Vermittlung
101 und Zusammenarbeit im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung und
102 Digitalisierung.

103 2 Beschleunigung von Verfahren

104 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass auch tiefgreifende Veränderungen in sehr
105 kurzer Zeit umsetzbar sind. Schutzausrüstung und Atemgeräte wurden innerhalb
106 kürzester Zeit eingekauft, digitale Arbeitsweisen wurden innerhalb von Wochen
107 etabliert und neue soziale Normen wurden eingeübt. Für den Kampf gegen den
108 Klimawandel spielt Geschwindigkeit eine ebenso wichtige Rolle: Jedes Jahr, in
109 dem Klimaschutzmaßnahmen früher umgesetzt werden, sparen sie direkt wertvolle
110 CO₂-Emissionen ein. Das Bundesverfassungsgericht hat mehr als deutlich gemacht,
111 dass wir schneller werden müssen, die vereinbarten Klimaziele zu erreichen und
112 zukünftige Generationen zu schützen.

113 Wir fordern deshalb,

- 114 • die staatlichen Prozesse so zu umzugestalten, dass die hierfür
115 erforderlichen Prozesse schneller abgeschlossen werden. In einem ersten
116 Schritt soll daher eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet
117 werden, die hierzu Vorschläge im Rahmen des bestehenden Rechts erarbeitet.
118 Parallel sollen gebotene Änderungen der bestehenden Verfahrensvorschriften
119 auf Landesebene und Vorschläge für Änderungen auf Bundesebene z.B. in Form
120 einer Bundesratsinitiative erarbeitet werden. Bremen als Zweistädtestaat
121 kann hier das Labor für notwendige Änderungen sein.

122 3 Mobilität

123 Wenn wir eine Verkehrswende, eine Energiewende und einen Wandel hin zu einer
124 sozial-ökologischen Wirtschaft wollen, müssen wir anerkennen, dass
125 beispielsweise ein Leben ohne Auto einfacher ist, wenn man in einer Region oder
126 einem Viertel lebt, das gut an den ÖPNV angebunden ist.

127 Die Abhängigkeit vom Auto in unseren beiden Städten muss deshalb so weit wie
128 möglich reduziert werden – für Bewohner*innen und Autofahrer*innen ebenso wie

129 für Menschen ohne Auto. Insbesondere Kinder, Jugendliche und ältere Personen
 130 müssen gleichberechtigt mobil sein können. Wir fordern im Bundestagswahlprogramm
 131 deswegen eine sogenannte »Mobilitätsgarantie« für alle Menschen. Im Land Bremen
 132 muss deshalb der ÖPNV insbesondere in den äußeren Stadtteilen mit schlechter
 133 Anbindung massiv ausgebaut werden. Gemeinsam mit den Nachbargemeinden im
 134 Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen muss zudem der Takt in die
 135 Region erhöht werden.

136 Wir fordern deshalb:

- 137 • eine deutliche Angebots- und Qualitätsverbesserung für den ÖPNV. Denn
 138 entscheidend für den Umstieg auf den ÖPNV ist nicht nur der Preis, sondern
 139 vor allem eine bessere Taktung, mehr Verbindungen, ein einfacher Wechsel
 140 zwischen Verkehrsmitteln und ein erhöhter Komfort. Dazu muss der Stadt-
 141 und Regionalverkehr besser aufeinander abgestimmt werden. Regional- und
 142 Stadtbuslinien müssen auch ohne hohe Auslastung zuverlässig an jedem
 143 Wochentag regelmäßig mindestens einmal in der Stunde verkehren – in den
 144 Hauptzeiten im 30-Minuten-Takt. Digitale Echtzeit-Anzeigen müssen auf
 145 allen Buslinien eingeführt werden. Es ist offensichtlich, dass diese
 146 Aufgabe so groß ist, dass sie nicht aus dem bestehenden Haushalt gestemmt
 147 werden kann. Eine sozial gerechte Finanzierung soll deshalb in einem
 148 Mobilitätsgesetz geregelt werden, das für mehr Verkehrsträgergerechtigkeit
 149 und eine entsprechende Lenkungswirkung sorgt.
- 150 • eine stärkere Beteiligung des Bundes am Ausbau des ÖPNV. Denn die
 151 Verkehrswende ist eines der entscheidenden Projekte bei der Erreichung der
 152 Klimaziele von Paris, zu der sich die Bundesrepublik Deutschland
 153 verpflichtet hat. Deshalb muss die Finanzierung des ÖPNV-Ausbaus im Rahmen
 154 der Gemeinschaftsaufgabe »Regionale Daseinsvorsorge« und einer von uns im
 155 Bundeswahlprogramm geforderten »Zukunfts- und Ausbauoffensive« neu
 156 geregelt werden, sodass die selbst gesteckten Ziele tatsächlich erreicht
 157 werden können.
- 158 • eine Prämie für Menschen, die ihr Auto abschaffen wollen bzw. bereits
 159 jetzt schon keines haben und gerne klimafreundliche Mobilitätsangebote
 160 nutzen wollen. Entsprechend dem Vorbild der Gemeinde Denzlingen bei
 161 Freiburg soll die Prämie in Form eines Zuschusses für die Anschaffung
 162 eines Fahrrades, E-Bikes, die Nutzung von Carsharing-Angeboten, ÖPNV oder
 163 einer Bahncard gezahlt werden. Gerade für Menschen mit kleineren
 164 Einkommen, kann ein solches Angebot attraktiv sein, um kostengünstiger und
 165 klimafreundlicher mobil zu sein. Auch wenn manche Menschen von diesem
 166 Angebot nicht profitieren können, ist jede eingesparte Tonne CO₂ ein
 167 wichtiger Schritt.

168 4 Gesundheit

169 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Durch extreme Wetterlagen und Hitzewellen
 170 ergeben sich neue gesundheitliche Gefahren für ältere,
 171 gesundheitsbeeinträchtigte und armutsgefährdete Menschen. Aber auch junge
 172 Menschen werden in ihrem Leben beeinträchtigt, wenn das Leben im öffentlichen

173 Raum durch Hitze eingeschränkt wird. Wir fordern deshalb in unserem
174 Bundeswahlprogramm einen Sonderfonds zur Umsetzung von Hitzeaktionsplänen.

- 175 • Die letzten Hitzesommer haben einen düsteren Blick auf die Zukunft gerade
176 von älteren Menschen geworfen. Überhitzung und die Belastungen für
177 Menschen mit Vorerkrankungen führen zu einer höheren Sterblichkeit. Das
178 können wir vermeiden. Wir dürfen die älteren Menschen nicht vergessen, die
179 zuhause leben. Deshalb muss die aufsuchende Altenarbeit stärker ausgebaut
180 werden, um alten Menschen in ihrem Alltag zu begleiten und ihnen
181 Sicherheit zu geben.
- 182 • Umbau von Pflegeeinrichtungen, um Hitzetote zu vermeiden:
183 Wir brauchen einen Klimafonds auf Bundesebene, um Pflegeeinrichtungen und
184 Krankenhäuser umzubauen und so Menschen vor den Folgen des Klimawandels
185 stärker zu schützen.
- 186 • Gesundheitsämter vor Ort stärken, Digitalisierung ausbauen:

187 Ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst ist die beste Prävention. Deshalb
188 muss die Dezentralisierung in den Stadtteilen für Gesundheitsversorgung
189 ausgeweitet werden, um gerade ärmere Menschen, die anfälliger sind zu erreichen.
190 Außerdem müssen 1% der Gesundheitsausgaben im Bund in den öffentlichen
191 Gesundheitsdienst fließen, um ihn zu stärken.

- 192 • Seelische Gesundheit ist eine Basis für körperliche Gesundheit, soziale
193 Teilhabe und vor allem Lebensqualität. Doch immer mehr Menschen fühlen
194 sich einsam und leiden psychisch darunter oder haben andere psychische
195 Erkrankungen. Deshalb brauchen wir mehr Kassenzulassungen für
196 Psychotherapeut*innen, um so mehr ambulante Psychotherapieplätze zu
197 schaffen. Als solidarische Gesellschaft brauchen wir aber auch mehr Orte
198 der Gemeinsamkeit, deswegen wollen wir unsere Quartiere als Gemeinsam-
199 statt-Einsam-Quartiere weiterentwickeln.

- 200 • Bremen bleibt cool – Schaffung von öffentlichen Orten mit viel Grün,
201 Schatten und hoher Aufenthaltsqualität in allen Stadtteilen.
202 Freizeitgestaltung im Außenbereich hat in der Pandemie einen neuen
203 Stellenwert erhalten. Stadtplanung muss so ausgerichtet werden, dass das
204 auch in Zukunft noch möglich ist und unsere beiden Städte Orte für junge
205 und alte Menschen bieten, sich zu treffen und dabei vor Hitze geschützt zu
206 sein. Dafür brauchen wir mehr öffentliches Grün, mehr Flächenentsiegelung
207 und eine Umverteilung des öffentlichen Raums. Wir wollen den Spaß am
208 öffentlichen Raum erhalten. Bremen und Bremerhaven sollen deshalb auch
209 beispielbare Städte sein, die auch den Kleinsten in unserer Gesellschaft
210 einen Ort zum gemeinsamen Spielen geben.

211 5 Wohnen

212 Notwendige Maßnahmen für den Klimaschutz haben soziale Folgen im Bereich des
213 Wohnens. Steigende Energiekosten und notwendige Umbaumaßnahmen müssen so
214 abgefedert werden, dass Menschen mit kleinen Einkommen nicht über Gebühr
215 belastet werden. Maßnahmen sollen so umgesetzt werden, dass die soziale Schere

216 in Zukunft wieder zusammengeht, anstatt wie bisher immer weiter
217 auseinanderzuklaffen.

218 • Der Anstieg von Energiekosten führt dazu, dass Menschen mit geringen
219 Einkommen zunehmend Probleme bekommen, ihre laufende Haushaltsenergie zu
220 bezahlen, insbesondere wenn sie mit hohen Nachforderungen konfrontiert
221 werden. Mit der Einführung des von den Grünen geforderten Energiegeldes
222 werden Geringverdiener*innen und Familien gezielt entlastet. Wir fordern
223 darüber hinaus einen bundesrechtlichen Rahmen, der den Grundbedarf für
224 Energie günstiger zur Verfügung stellt.

225 • Mit dem sogenannten Drittelmodell wollen wir die Kosten für
226 klimafreundliche Modernisierungen zwischen Vermieter*innen, Staat und
227 Mieter*innen fair verteilen, sodass sie für alle bezahlbar werden und
228 gleichzeitig wirtschaftlich bleiben. Mit gezielten Förderprogrammen kann
229 die Umlage der Modernisierungskosten für Mieter*innen auf 1,5 Prozent im
230 Jahr reduziert werden. Für Mieter*innen wird diese geringe Erhöhung durch
231 Einsparungen bei den Energiekosten ausgeglichen und für Vermieter, bei
232 denen die Fördermittel verbleiben, sind die Umbaumaßnahmen wirtschaftlich.

233 6 Wirtschaft und Arbeiten

234 Für unsere Wirtschaft besteht die große Chance, sich im Wandel
235 Wettbewerbsvorteile zu sichern. Klimaschutz ist heute auch eine gute
236 wirtschaftliche Investition in die Zukunft. Wir müssen jetzt beginnen, gemeinsam
237 mit der industriell geprägten Wirtschaft Wasserstoff als Energieträger und
238 Speichertechnologien für Energie aus Sonnen- und Windkraft zu entwickeln.
239 Deshalb wollen wir mit dem »Industriepakt« Unternehmen, die sich auf den Weg zur
240 Klimaneutralität machen, unterstützen und die notwendige Planungssicherheit
241 geben.

242 Andererseits ist bereits jetzt klar, dass der Klimawandel einen großen
243 Strukturwandel auslösen wird. In der Folge werden nicht nur neue Technologien
244 und Arbeitsplätze entstehen. Wir müssen deshalb bereits heute dafür sorgen, dass
245 Arbeitnehmer*innen die sozial-ökologische Transformation für sich nutzen können
246 und auch weiterhin zukunftssichere Jobs haben werden.

247 Wir fordern deshalb:

248 • einen Bildungspakt zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik. Denn
249 es werden nicht alleine Investitionen in neue Technologien sein, die den
250 Strukturwandel zu einem Erfolg machen werden. Ebenso wichtig sind
251 Investitionen in Köpfe und die Menschen, die mit Ihren Ideen, Erfahrung
252 und Kompetenzen den Wandel meistern werden. Das Bundesland Bremen soll so
253 zu einem Modell für den Einstieg in neue Berufe, den Umstieg und die
254 Weiterbildung in bestehenden Berufen werden. Arbeitnehmer*innen wollen wir
255 dabei so früh wie möglich begleiten und bestärken.

256 • ein Gründer- und Innovationsprogramm für mit Coworking- und
257 Inkubatorangeboten sowie Wagniskapital, um gezielt neue digitale und
258 nachhaltige Geschäftsmodelle in Bremen anzusiedeln. Denn es sind aktuell
259 die neuen, wissensgetriebenen Unternehmen, die bei der Entwicklung
260 klimafreundlicher Geschäftsmodelle, durch Digitalisierung und im Bereich

der Kreislaufwirtschaft für Dynamik sorgen und die Arbeitsplätze von morgen schaffen. Die Hochschulen und Forschungsinstitute unserer beiden Städte sollen aktiv in dieses Programm eingebunden werden.

- neue Gewerbegebiete im Land Bremen sollten einen klaren Fokus auf klimafreundliche Technologien und Arbeitsweisen nach dem Vorbild des Gewerbegebiets Luneplate in Bremerhaven legen. Eine Bestärkung der Windkraftbranche in Bremen bedeutet auch, Werbe und Windkraftanlagen miteinander in Einklang zu bringen.